

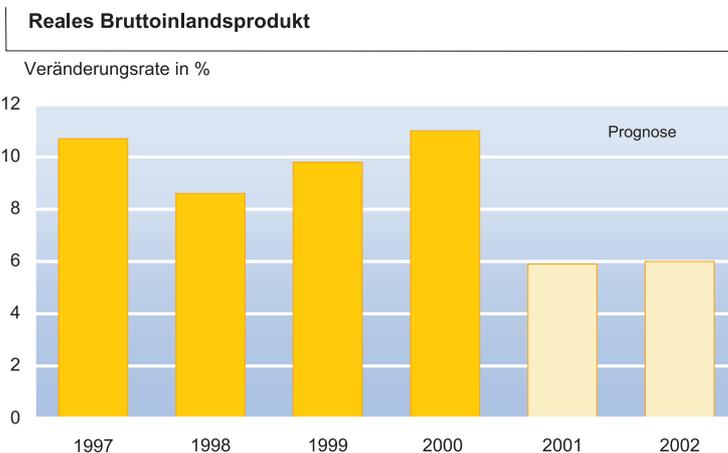
**Außerordentlich starkes Wirtschaftswachstum im Jahre 2000. Deutliche Konjunkturabschwächung 2001 und bis ins Jahr 2002 hinein, aber immer noch sehr hohe Expansionsraten. Deutlich stimulierende Finanzpolitik. Geldpolitik wirkt 2002 stützend. Sozialkontrakt 2000/2002 gerät aus den Fugen. Kräftig steigende Löhne und Preise. Vollbeschäftigung fast erreicht. Sinkende Überschüsse im Staatshaushalt. Leistungsbilanz mit Defiziten. Ablehnung des Vertrags von Nizza per Referendum.**

Das politische und soziale Umfeld wird durch mehrere, teilweise irritierende Faktoren geprägt. Zunächst hatte eine formal der irischen Finanzpolitik geltende Rüge der EU-Kommission und der EU-Finanzminister Anfang dieses Jahres im Lande eine Welle der Empörung und des Unverständnisses ausgelöst. Umgekehrt führte die per Referendum im Juni erfolgte Ablehnung des als Grundlage u.a. für die EU-Osterweiterung dienenden Vertrags von Nizza zu erheblichen Irritationen im Ausland. In beiden Fällen wird die Schadensbegrenzung durch den mit Blick auf die spätestens im Juni 2002 fälligen Parlamentswahlen anlaufenden Wahlkampf erschwert. Zum Verständnis der Situation ist es wichtig, die während des letzten Jahrzehnts erfolgten Veränderungen des irischen Selbstverständnisses zu berücksichtigen, das sich deutlich von jenem vorangegangener Jahrzehnte und Jahrhunderte unterscheidet, als Irland eine von Auswanderung, Armut, Unterentwicklung und britischer Dominanz geprägte politisch und ökonomisch ver-

nachlässigenswerte Insel am Rande Europas gewesen war.

Im Januar 2001 war der **Staatshaushalt 2001** wegen seiner expansiven Wirkungen von maßgeblichen EU-Gremien als nicht vereinbar mit der sehr raschen Preisentwicklung bezeichnet und die irische Regierung gerügt worden. Die wahre Zielrichtung galt indes der, den innereuropäischen Wettbewerb verzerrenden Steuerpolitik, die durch das Budget 2001 noch verstärkt wurde. Haushaltsvoranschlag und die Reaktion der EU hierauf hatten die Popularität der Regierung Ahern erheblich gestärkt und sehr günstige Aussichten für die Parlamentswahlen 2002 eröffnet.

Diese sind allerdings jäh zerstoßen, als im Juni 2001 die Ratifizierung des **Vertrags von Nizza durch ein Referendum** bei sehr niedriger Wahlbeteiligung und vehementem Engagement von politischen Randgruppen abgelehnt wurde. Regierungsparteien und ihre Vertreter hatten mit eher schonendem Einsatz eine Annahme befürwortet in der Annahme, die notorisch EU-konforme Bevölkerung würde schon zustimmen. Nun hängt mit dem Vertragswerk auch die Ost-Erweiterung der EU in der Luft, zumal vor den Parlamentswahlen an einen neuen Volksentscheid nicht zu denken ist. Dabei geht es den Gegnern nicht in erster Linie um den fortgesetzten Fluss von EU-Geldern, der 2007 ohnehin endet. Vielmehr sorgen sie sich um die irische (gegen Großbritannien gerichtete) Neutralität, befürchten in einer von den großen Ländern dominierten und in ihren zentralistischen Kompetenzen gestärkten EU unter zu gehen, und wenden sich gegen die durch eine irische Teilnahme an den europäischen Krisenreaktionskräften gefährdete Tabuisierung von Atomwaffen.



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Diese Erschütterungen bewirkten eine sehr **labile politische Gemengelage**. Die Minderheitsregierung Ahern aus Fianna-Feil und Progressiven Demokraten wird zwar umso mehr bestrebt sein, bis zu den Wahlen Mitte 2002 zusammenzuhalten und ihre Chancen für einen Wahlsieg zu verbessern. Allerdings hängen Fianna-Feil immer noch die aus den Jahren nach 1987 datierenden Korruptionsskandale an, und die öffentliche Entrüstung hierüber klingt nur langsam ab. Andererseits hat Fine Gaels, die größte Oppositionspartei, nach einem Führungswechsel noch nicht wieder richtig Tritt gefasst. Parlamentarische Splittergruppen wie Sinn Fein und die Grünen, aber auch konservativ-katholische Kräfte haben indes sehr an Popularität gewonnen und werden diese bis zum Urnengang zu wahren trachten.

Die **Wirtschaftspolitik** dürfte unter diesen Bedingungen bestrebt sein, den bisherigen finanzpolitischen Kurs fortzusetzen und den EU-Instanzen gegenüber selbstbewusster aufzutreten. Sie wird zudem versuchen, eine tragfähige Basis für einen Sozialpakt 2003/2005 zu legen, u.a. durch einen forcierten Ausbau der sozialen und verkehrlichen Infrastruktur. Dies auch, um die seit Herbst 2000 wieder häufigen Arbeitskämpfe einzudämmen, die im Dienstleistungsbereich – und hier besonders im ohnehin vom Wirtschaftswachstum überforderten öffentlichen Dienst – besonders ausgeprägt sind.

### Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000

Die **weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen** stellten sich wie folgt dar: In den **USA** nahmen Nachfrage und Produktion um 4,1% zu. In **Japan** ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% gestiegen. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3,8%. In **Westeuropa** wurde das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,3% ausgeweitet. In der EU waren es ebenfalls 3,3%, im Euro-Raum erhöhte es sich um 3,4% und in Deutschland um 3%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,3 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber 1999 auf Dollar-Basis um 8%. Der **Wechselkurs des Euro** sank im Schnitt des Jahres auf 0,92 US-Dollar von 1,07 US-Dollar im Jahre 1999. Das Volumen des **Welthandels** expandierte in einer Größenordnung von 12%.

Der »keltische Tiger« **Irland** machte wieder einen mächtigen Satz, diesmal allerdings nicht nur bezüglich des Wirtschaftswachstums, sondern auch bezüglich der Inflation. Eine boomende Auslands- und eine äußerst lebhaftere Inlandsnachfrage bewirkte eine ausgeprägte Überhitzung der Konjunktur, die sich in Knappheitserscheinungen bei den Sachkapazitäten und auf dem Arbeitsmarkt sowie in einem starken Preisanstieg zeigten. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandierte mit 11% nicht nur stärker als in den bei-

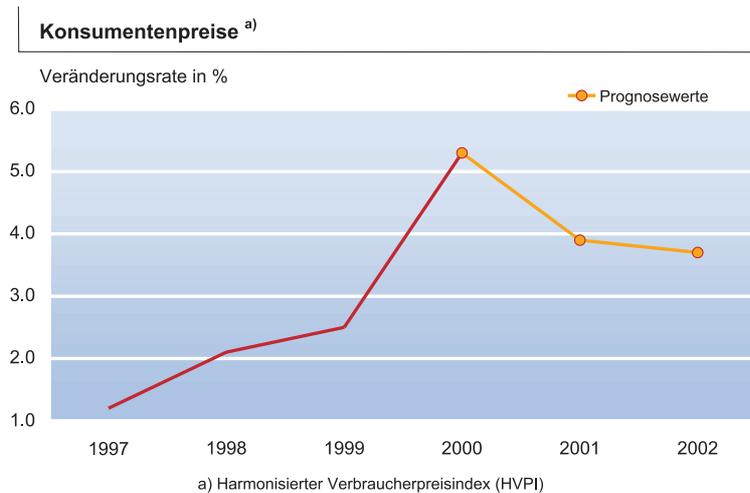
den Vorjahren, sondern auch mehr als dreimal so dynamisch wie in den anderen westeuropäischen Ländern. Der rasche Aufholprozess ging also vehement weiter, überforderte aber zunehmend vor allem die öffentliche Infrastruktur. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt besserte sich wiederum erheblich, wenn auch nicht mehr so schnell wie zuvor. Die Leistungsbilanz schloss knapp ausgeglichen.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen erhöhte sich mit 18,5% nicht nur im westeuropäischen Vergleich, sondern auch gemessen am hohen Durchschnitt der letzten Dekade wieder außerordentlich stark. Stimuliert vom günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld, der deutlich gesunkenen relativen Lohnstückkosten, und dem weiter nachgebenden Eurorokurs wurde die Entwicklung wesentlich von den Lieferungen der hochproduktiven Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen getragen. Vor allem in den USA – dorthin gingen 18,7% der Warenausfuhr, während auf die EU 60% entfielen – nahm der Absatz sprunghaft zu. Da die **Einfuhr** annähernd so stark wie der Export ausgeweitet wurde und sich die Terms of Trade erheblich verschlechterten, wies die **Leistungsbilanz** nach neun Jahren ununterbrochener Überschüsse einen kleinen Fehlbetrag aus, wozu das weiter kräftig wachsende Defizit der Dienstleistungsbilanz erheblich beitrug.

Die Zunahme der **Bruttoanlageinvestitionen** verlangsamte sich zwar weiter, doch blieb sie mit 10,2% immer noch sehr dynamisch. Ausländische Unternehmen aus hochproduktiven, technisch anspruchsvollen Branchen mit ausgeprägter Exportorientierung sorgten erneut für starke Impulse. Die Ertragslage blieb im Allgemeinen günstig, und die Absatzerwartungen in der verarbeitenden Industrie wurden erst im Herbst deutlich schlechter. Zudem waren die Realzinsen teilweise leicht negativ. Die Baukonjunktur schwächte sich deutlich ab. Das gilt in erster Linie für den Wohnungsbau, der volumenmäßig zurückging. Lebhaft aufwärts gerichtet blieb der Bau von Bildungseinrichtungen und Hospitälern (während der Boom bei den Verkehrsinvestitionen jäh abbrach) sowie von Bürogebäuden.

Der **private Konsum** erhöhte sich mit 9,5% noch stärker als in den Jahren zuvor. Stimulierend wirkten erhebliche, durch eine hohe Wage drift mitbedingte Lohnerhöhungen, dynamisch zunehmende Beschäftigung und eine weiter sinkende Sparquote als Reflex des sehr günstigen – durch Verbraucherumfragen ermittelten – Konsumklimas. Der Absatz langlebiger Güter, auch von Personenwagen und Wohnungseinrichtungen, boomte weiter. Der **öffentliche Verbrauch** stieg mit 5,7% weit stärker als im westeuropäischen Durchschnitt, vor allem aufgrund stark erhöhter Personalkosten im expandierenden öffentlichen Dienst.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage weiter, und die Knappheitserscheinungen vor allem in den Agglomer-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

rationen verstärkten sich. Mit 4,7% nahm die Beschäftigung erheblich, aber langsamer als in den Vorjahren zu, obwohl die Rückwanderung von Iren und die Zuwanderung vor allem für die Bauwirtschaft wichtiger Gastarbeiter (es wurden mehr als 12 000 Arbeitsgenehmigungen an Nicht-EU-Bürger vergeben) lebhaft blieb. Ein weiteres Ausschöpfen des inländischen, im ländlichen Raum vielfach unzureichend genutzten Potentials scheiterte auch an den mittlerweile sehr hohen Wohnkosten in den prosperierenden Regionen. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresdurchschnitt auf 4,2% zurück.

Der Preisauftrieb war sehr lebhaft, bedingt durch energiepreis- und abwertungsbedingt kräftig verteuerte Importe sowie anziehende Lohnstückkosten, was die Erzeugerpreise rasch steigen ließ. Zudem erleichterte der Wirtschaftsboom die Überwälzung der Kostensteigerungen und die Verteidigung der Gewinnmargen. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) lagen um 5,3% über dem Niveau von 1999. Das war die höchste Rate nicht nur in Westeuropa, sondern in den westlichen Industrieländern; in der EU hatte sie 2,1% und im Euro-Raum 2,3% betragen. Eine derartige Spitzenstellung hatte die irische Teuerungsrate bereits 1999 eingenommen – allerdings mit nur 2,5%.

### Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik gibt der Konjunktur heuer, und mit Blick auf die Mitte 2002 fälligen Parlamentswahlen auch im nächsten Jahr, weiterhin Impulse. Das gilt in erster Linie für die Finanzpolitik, während die Geldpolitik erst 2002 nur leicht stimuliert. Trotz Aufwertungstendenz bleibt der Wechselkurs des Euro für die Exportwirtschaft günstig. Der laufende dreijährige Sozialpakt läuft heuer zumindest bezüglich der Lohnerhöhungen aus dem Ruder. Das Aushandeln eines neuen Sozialkontrakts für die Jahre 2003/2005 wird eine der

großen Herausforderungen für die aus den nächsten Parlamentswahlen hervorgehende Regierung.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte ihren Schlüsselzins vom Herbst 1999 bis Herbst 2000 in mehreren Schritten von 2,5% auf 4,75% erhöht, als Reaktion auf rasche Teuerung und konjunkturelle Überhitzungserscheinungen in einigen Ländern. Wie die Entwicklung der lang- und kurzfristigen Zinsen zeigt, konnten auf diese Weise aufkommende Inflationserwartungen gedämpft werden. Finanzierungen waren im Jahre 2000 in Irland äußerst günstig: Die kurzfristigen Zinsen lagen unter Zugrundelegung des HVPI bei, die langfristigen Zinsen nur wenig über Null. Die Langfristzinsen, die ihr letztes

Hoch im August 2000 erreicht hatten, sinken seitdem langsam wieder. Die kurzfristigen Zinsen sind im Mai 2001 zurückgegangen, nachdem die EZB ihren Schlüsselsatz trotz immer noch rascher Geldentwertung um  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt gesenkt hat mit dem Hinweis auf die abzusehende Verlangsamung des Preisauftriebs u.a. als Folge von im Allgemeinen gerade noch moderaten Lohnerhöhungen und der laufenden konjunkturellen Abkühlung. Im weiteren Verlauf dieses Jahres könnte die EZB ihren Leitzins angesichts des rasanten Zinsrückgangs in den USA, der Abschwächung des Preisauftriebs im Euro-Raum und der nur noch schwach steigenden gesamtwirtschaftlichen Produktion in einem oder zwei kleinen Schritten weiter senken.

Für Irlands immer noch konjunkturell überhitzte Wirtschaft ist eine Lockerung der **Geldpolitik** unter stabilitätspolitischen Gesichtspunkten noch nicht vertretbar und auch unter konjunkturpolitischen Aspekten unnötig. Hier zeigt sich vielmehr exemplarisch der monetäre Spagat der EZB, mit ihrer Politik gleichzeitig Ländern mit hohem und niedrigem Wirtschaftswachstum sowie solchen mit hoher und niedriger Inflation gerecht zu werden. Die Lockerung der geldpolitischen Zügel wird infolge von Wirkungsverzögerungen erst im Jahre 2002 spürbar, in dem die Geldpolitik der EZB im Euro-Raum leicht expansiv sein wird.

Die **Finanzpolitik** ist für das laufende Jahr mit Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen von insgesamt rund 2,5 Mrd. Euro spürbar expansiv ausgelegt – was die erwähnte Schelte der EU zur Folge hatte – und dürfte für 2002 einerseits wegen der Parlamentswahlen Mitte kommenden Jahres nicht wesentlich anders konzipiert werden. Andererseits kommt die Regierung nicht umhin, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur auf ganzer Breite kräftig zu verstärken, um die im Laufe der letzten Jahre immer größer gewordenen Engpässe abzubauen, welche die Entwicklung des Landes im Allgemeinen und das Wirtschaftswachstum im Besonderen behindern; im bis 2006 laufenden National

Development Plan sind hierfür Sachinvestitionen von 22,5 Mrd. Euro vorgesehen. Außerdem kommt es 2002 (dann werden Kalender- und Fiskaljahr identisch sein) im Rahmen des laufenden Steuersenkungsprogramms wieder zu einer Senkung der Einkommensteuer, um einen nochmaligen deutlichen Reallohnanstieg (auch um die Anreize zu zusätzlichen Eintritten in den Arbeitsmarkt zu erhöhen) bei nachlassenden Lohnerhöhungen zu gewährleisten, den sozialen Frieden allmählich wieder herzustellen und damit die Basis für einen ab 2003 laufenden Sozialpakt zu legen. Die Fortführung des laufenden Sozialpaktes zu sichern, war die wichtigste Ursache für das expansive Budget 2001 gewesen. Die angesichts überhitzter Konjunktur und rascher Preissteigerung angebrachte restriktive Finanzpolitik war indes politisch nicht durchsetzbar, zumal bei den hohen Finanzierungsüberschüssen der öffentlichen Hand. Immerhin hatte man neben der Einkommensteuersenkung (Eingangssteuersatz von 22% auf 20%, Spitzensteuersatz von 44% auf 42%) und der Erhöhung der Grundfreibeträge auch indirekte Steuern – Treibstoffsteuern, Normalsatz der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt auf 20% – herabgesetzt, um den Preisauftrieb zu bremsen und damit den angestrebten Reallohnanstieg zu erreichen. Da die Staatseinnahmen konjunkturbedingt spürbar hinter den Ansätzen zurückbleiben, dürfte der Finanzierungsüberschuss heuer stärker als geplant auf ungefähr 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% des BIP und 2002 auf knapp 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% sinken. Die Staatsverschuldung nimmt 2001 in Relation zum BIP auf etwa 33% und 2002 auf rund 27% ab. Die Konsolidierung setzt sich also rasant fort. Der bisherige Höchstwert war 1987 mit 111,8% erreicht worden.

Mit der heuer zu beobachtenden Schiefelage des »Programme for Prosperity and Fairness 2000/2002« ist die **Einkommenspolitik** der erwarteten schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Die Anstrengungen der Regierung, diesen Sozialpakt zu retten und möglichst die Basis für ein weiteres derartiges Abkommen zu legen, erklärt sich aus der Tatsache, dass die seit 1987 – beginnend mit »Programme for National Recovery 1987/90« – in ununterbrochener Folge geschlossenen, meist dreijährigen Vereinbarungen eine wesentliche Voraussetzung des irischen »Wirtschaftswunders« bilden. Im Ausland ist die herausragende Bedeutung dieses Modells für die das Wirtschaftswachstum wesentlich tragende soziale Kohärenz fast unbekannt. Die größte Schwierigkeit ist jetzt der lohnpolitische Spagat zwischen Unternehmen und Branchen mit sehr schnellen Produktivitätsfortschritten und dem langsameren Produktivitätswachstum u.a. des öffentlichen Dienstes. Problematisch wird auch die rasche Dämpfung des Preisauftriebs als Voraussetzung für moderate Lohnabschlüsse. Wie schwierig es ist, bei boomender Konjunktur, weitgehend ausgeschöpftem Arbeitsmarkt, voller Staatskasse und durch externe Einflüsse kräftiger Inflation die hierfür unabdingbare Lohnmäßigung fortzuführen, zeigt sich heuer exemplarisch darin, dass die im Sozialpakt vereinbarten Lohnanhebungen um

5,5% nicht nur offiziell in zwei Schritten um weitere 3% ergänzt werden mussten, sondern auch eine noch darüber hinausgehende Wage drift nicht verhindert werden kann.

### Wirtschaftsentwicklung 2001

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. Die gesamtwirtschaftliche Produktion erreicht in **Japan** nur knapp das Niveau des Jahres 2000. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um knapp 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um fast 2% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind etwa gleiche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland annähernd 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken auf Dollar-Basis im Jahresdurchschnitt deutlich unter das Niveau von 2000. Der **Wechselkurs des Euro** beträgt durchschnittlich 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des **Welt Handels** steigt in einer Größenordnung von 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%.

Der Wachstumssprung **Irlands** wird heuer nicht nur wesentlich kürzer, sondern auch problematischer ausfallen als in den letzten Jahren. Denn die Impulse vom Ausland werden schwächer, und die Spannungen im inneren Wirtschaftsgefüge bleiben ausgeprägt. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** nimmt um rund 6% zu, was im Verlauf zwar einer starken Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, im westeuropäischen Vergleich aber immer noch einem Spitzenergebnis entspricht. Dabei gehen von der Wirtschaftspolitik kräftige, die öffentlichen Investitionen und den Verbrauch stützende Anregungen aus, während vom Ausland – über die Warenexporte sowie über ausländische Direktinvestitionen – retardierende Faktoren wirksam werden. In die gleiche Richtung wirken die Maul- und Klauenseuche, wenn auch in mäßigem Umfang. Dabei schlagen weniger die unmittelbaren, die Landwirtschaft betreffenden Auswirkungen zu Buche, als vielmehr die mittelbaren, den Tourismus und das Transportgewerbe treffenden Einbußen. Auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Lage von Knappheitserscheinungen gekennzeichnet. Der Preisauftrieb lässt ab der Jahresmitte nach, bleibt aber ausgeprägt. Die Leistungsbilanz weist einen spürbar höheren Fehlbetrag aus.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (etwa + 8%), hierauf deuten auch die Exporterwartungen in der verarbeitenden Industrie hin, verliert stark an Dynamik, obwohl der Wechselkurs des Euro trotz leichter Aufwertungsstendenz für die Exportwirtschaft günstig bleibt. Doch das Weltwirtschaftsklima hat sich empfindlich eingetrübt. Das gilt in besonderem Maße auch für die international eingebrochene Nachfrage nach Komponenten oder Fertigprodukten der

überwiegend von ausländischen Multinationals aufgebauten umfänglichen IT-Industrie, die den irischen Export während der zurückliegenden Jahre so stark beflügelt haben. Und schließlich steigen die Lohnstückkosten trotz weiter überdurchschnittlich zunehmender Arbeitsproduktivität sehr viel schneller als in den anderen westlichen Industrieländern. In der verarbeitenden Industrie hat sich demgemäß auch die Beurteilung der Exportaufträge seit dem dritten Quartal 2000 drastisch verschlechtert. Eine Wende der Ausfuhrentwicklung hängt daher nicht nur von der Weltkonjunktur ab – von daher werden etwa ab dem vierten Quartal wieder Impulse kommen –, sondern auch vom nächsten Aufschwung im IT-Bereich, dessen Beginn jedoch erst im Jahre 2002 zu vermuten ist. Retardierend auf die Exportentwicklung wirken ferner die dämpfenden Effekte der Maul- und Klauenseuche auf den Ausländerfremdenverkehr; aus den USA kommen deutlich weniger Touristen. Der **Import** nimmt wesentlich stärker zu als die Ausfuhr, und die Terms of Trade verschlechtern sich nochmals, so dass die **Leistungsbilanz** mit einem deutlich erhöhten Fehlbetrag schließen dürfte.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** nehmen vermutlich um etwa 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% zu. Dabei besteht zwischen in- und ausländischen Impulsen eine erhebliche Diskrepanz. Anregend wirkt in erster Linie die öffentliche Hand, die ihre Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, aber auch in den Wohnungsbau erheblich ausweitet, u.a. im Rahmen des bis 2006 laufenden National Development Plan. Mit Blick auf die Parlamentswahlen Mitte 2002 dürften sogar Projekte vorgezogen werden. Im Budget 2001 sind allein für den Straßenbau 780 Mill. Euro und für öffentliche Verkehrsmittel 530 Mill. Euro zusätzlich vorgesehen. Trotz günstiger Finanzierungsbedingungen läßt die Entwicklung der vorlaufenden Indikatoren, wie der »Home-bond«-Registrierungen auf einen Rückgang des Wohnungsbaus schließen. Die Entwicklung

der Ausrüstungsinvestitionen wird erheblich vom Verhalten amerikanischer Investoren geprägt; immerhin hat Irland in den vergangenen Jahren rund ein Viertel aller amerikanischen im verarbeitenden Gewerbe getätigten Neuinvestitionen in Europa auf sich konzentriert, so dass dieser Faktor eine große Rolle spielt. Die heuer abzusehende Kapazitäts- und Gewinnentwicklung in der US-Industrie und vor allem im extrem ausfuhrlastigen irischen IT-Bereich läßt eine Verschiebung oder Stornierung geplanter Investitionen in größerem Umfang erwarten. Hieraus resultiert die Notwendigkeit, bei den ausländischen Direktinvestitionen eine stärkere herkunfts- und branchenmäßige Diversifizierung einzuleiten. Insgesamt deutet die seit Jahresbeginn tendenziell sinkende Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie sowie die rasch steigenden Lohnstückkosten auf eine Verschlechterung der Ertragslage und langsamer steigende Investitionen hin.

Der **private Konsum** (ca. + 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%) expandiert verlangsamt, aber immer noch äußerst lebhaft. Vor allem die sehr rasch steigenden Reallöhne stimulieren. Dämpfend wirkt die deutlich abgeschwächte Beschäftigungszunahme sowie die nach dem kräftigen Rückgang im Jahre 2000 steigende Sparquote. Das bereits seit Mitte 2000 weniger günstiger gewordene, auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobene, Konsumklima läßt eine Stagnation der Sparquote erwarten. Die erheblich weniger optimistischen Absatzerwartungen des Einzelhandels stützen diese Annahme. Dauerhafte Konsumgüter, vor allem auch Wohnungseinrichtungen werden nach wie vor bevorzugt gekauft. Der **öffentliche Verbrauch** expandiert mit etwa 6% noch schneller als in den Vorjahren als Folge der starken Lohnerhöhungen und des kräftigen Personalaufbaus. Damit beschleunigt sich eine Entwicklung, die während der letzten drei Jahre zu einer Ver-

### Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1998	1999 <sup>a)</sup>	2000	2001 <sup>a)</sup>			2002 <sup>a)</sup>		
				ESRI <sup>b)</sup>	EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>	ESRI <sup>b)</sup>	EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	8,6	9,8	11,0	7,2	7,5	7,8	6,6	7,1	7,8
Inlandsnachfrage	10,2	6,0	9,4	n.a.	8,3	8,2	n.a.	7,2	8,2
Privater Verbrauch	7,8	7,8	9,5	7,4	8,7	8,0	7,0	7,7	8,0
Staatsverbrauch	5,3	5,2	5,2	5,3	6,8	4,7	5,2	3,0	3,8
Bruttoanlageinvestitionen	14,7	12,5	10,2	3,9	7,3	10,6	6,3	8,7	9,3
Exporte <sup>e)</sup>	21,4	12,4	18,5	11,5	10,0	11,9	8,8	10,1	10,6
Importe <sup>e)</sup>	25,8	8,7	17,6	10,7	11,3	13,0	9,2	10,5	11,5
Industrieproduktion	19,8	14,8	15,4	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise	2,1	2,5	5,3	4,8	4,0	4,8	3,8	3,6	3,8
Arbeitslosenquote	7,5	5,6	4,2	3,6	3,8	3,9	3,5	3,5	3,9
Leistungsbilanz (Saldo) <sup>f)</sup>	0,9	0,6	-0,1	-0,5	-0,8	-0,9	-1,0	-1,1	-2,6
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f)</sup>	2,1	2,1	4,5	3,7	3,9	4,5	3,0	3,6	4,5

<sup>a)</sup> Schätzungen. – <sup>b)</sup> The Economic and Social Research Institute, Dublin, vom Juli 2001. – <sup>c)</sup> Kommission der EU, Brüssel, vom April 2001. – <sup>d)</sup> Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Mai 2001. – <sup>e)</sup> Güter- und Dienstleistungen. – <sup>f)</sup> In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

dopplung der Ausgaben im Gesundheitswesen und zu einem Anstieg um 40% im Bildungsbereich geführt hat.

Auf dem **Arbeitsmarkt** halten die Knappheitserscheinungen auf allen Gebieten im Allgemeinen an. Mangelndes Wohnungsangebot und Engpässe der öffentlichen Infrastruktur bremsen die Rückkehr von ausgewanderten Iren (nicht nur aus Großbritannien, sondern auch aus den USA) und die Zuwanderung von Ausländern (u.a. aus Südafrika). Seit Irland 1992 vom Aus- zum Einwanderungsland wurde, kommen besonders 25 bis 44 Jahre alte qualifizierte Kräfte ins Land, etwa die Hälfte davon Iren; Fás, die irische Aus- und Fortbildungsbehörde, will von 2001 bis 2005 etwa 200 000 Arbeitskräfte im Ausland rekrutieren. Außerdem hemmt die demographische Entwicklung, und Erwerbsbeteiligung nimmt nur noch wenig zu. Die Arbeitslosigkeit ist daher hauptsächlich ein regionales Problem. Die Beschäftigung dürfte mit rund 2 $\frac{1}{2}$ % nur noch etwa halb so stark ausgeweitet werden wie im vorigen Jahr. Im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitslosenquote vermutlich auf knapp 4% sinken.

Der Preisauftrieb blieb bis zur Jahresmitte kräftig. Die Verbilligung von Energie, die Festigung des Eurokurses gegenüber dem US-Dollar sowie das allmähliche Abklingen der starken Verteuerung von Nahrungsmitteln führt jedoch im weiteren Verlauf des Jahres zu einer Inflationsberuhigung. Angesichts der immer noch überhitzten Konjunktur, vor allem aber der ausgeprägten Lohnerhöhungen wird diese aber nur langsam eintreten. Obwohl der Regelsatz der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt gesenkt und auch die Steuerbelastung von Treibstoffen herabgesetzt wurde, dürften die **Konsumentenpreise** (HVPI) im Schnitt des Jahres um etwa 4% steigen; für das erste Halbjahr errechnet sich eine Rate von 4,1%.

### Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** steigt das reale Bruttoinlandsprodukt um reichlich 2,5%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um ca. 1% zu. In **Mitteleuropa** expandiert die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 3 $\frac{1}{2}$ %. In **Westeuropa**, der EU sowie im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um etwa 2 $\frac{1}{2}$ %; in Deutschland dürfte die Rate bei 2 $\frac{1}{4}$ % liegen. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** beträgt in den westlichen Industrieländern im Durchschnitt des Jahres ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) entsprechen auf Dollar-Basis knapp dem Niveau des Vorjahres. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Jahresmittel innerhalb einer Bandbreite von 0,85 bis 0,95 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 6 $\frac{1}{2}$ %.

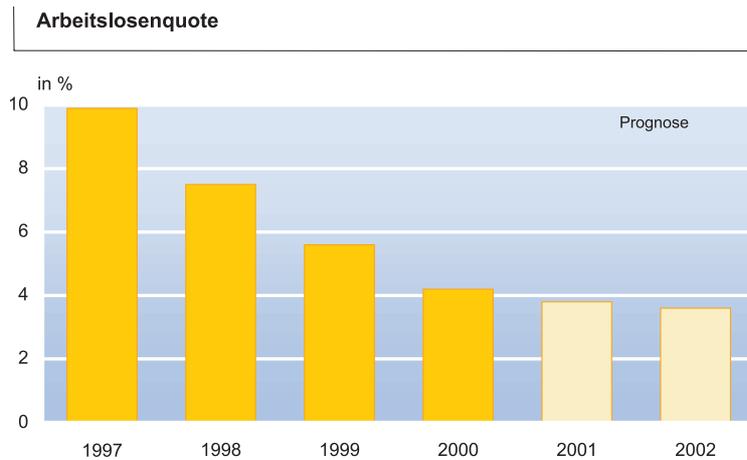
In **Irland** expandiert die gesamtwirtschaftliche Produktion zwar wiederum erheblich langsamer als in den Jahren 1995 bis

2000 (Durchschnitt 9% p.a.), doch bleibt das Wirtschaftswachstum im westeuropäischen Vergleich überdurchschnittlich stark. Es gewinnt im weiteren Verlauf des Jahres wieder an Tempo, wenn der weltwirtschaftliche Aufschwung an Breite gewinnt und vor allem die IT-Branche international aus ihrem Tief herausfindet und dem Export neue Impulse gibt. Die nach wie vor zu beobachtenden Überhitzungserscheinungen akzentuieren sich. Die Inlandsnachfrage wird von den noch kräftiger als bisher zunehmenden öffentlichen Investitionen einerseits, sowie einer nicht mehr ganz so lebhaften Ausweitung des Verbrauchs geprägt. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte sich wieder um ungefähr 6% erhöhen. Hierzu trägt auch der wieder aufwärts schwingende Lagerzyklus bei. Der Arbeitsmarkt bleibt von Knappheitserscheinungen geprägt, und die Arbeitslosigkeit sinkt erneut. Der Preisauftrieb lässt weiter langsam nach. Die Leistungsbilanz weist einen nochmals erhöhten Fehlbetrag auf.

Die Dynamik des **Exports** von Gütern und Dienstleistungen wird zunächst noch von den Schwierigkeiten im IT-Bereich gebremst. Im Zuge des weltweiten Aufschwungs – vor allem aber der besseren Konjunktur in den USA, aber auch in Europa – werden diese Probleme jedoch allmählich überwunden. Dies, die deutlich anziehenden Lieferungen auch anderer Produkte, sowie die Erholung des Ausländertourismus lassen eine Zuwachsrate in der Größenordnung von fast 8% erwarten. Verschiedentlich geht dies jedoch auf Kosten der Gewinnmargen. Denn die Lohnstückkosten steigen im Vergleich zu den wichtigsten Außenhandelspartnern nach wie vor weit überdurchschnittlich, obwohl auch die Produktivitätsfortschritte größer sind als anderswo. Der **Import** erhöht sich indes deutlich stärker als die Ausfuhr, so dass trotz verbesserter Terms of Trade ein weiter steigender Fehlbetrag der **Leistungsbilanz** zu erwarten ist.

Die Entwicklung der **Bruttoanlageinvestitionen** wird geprägt vom weiterhin sehr raschen Wachstum der öffentlichen Bauinvestitionen (vor allem im Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrssektor) einerseits, und immer noch relativ verhalten steigende Ausrüstungsinvestitionen andererseits. Der in den Jahren bis 2000 boomende IT-Bereich hält sich mit neuen Investitionen noch zurück, und in anderen Branchen dürfte man mit Erweiterungen zunächst ebenfalls vorsichtig sein. Dies auch infolge des mittelfristig zu erwartenden Arbeitskräftemangels, der zusammen mit weiteren Verlusten an internationaler Wettbewerbsfähigkeit aufgrund neuerlich stark erhöhter Lohnstückkosten zu lebhaften Investitionen in die Rationalisierung der Produktion und den Ersatz veralteter Anlagen (was ebenfalls Rationalisierungseffekte zur Folge hat) führt. Beim Wohnungsbau lassen expandierende Nachfrage, steigende Preise und niedrige Zinsen eine Belebung erwarten.

Der **private Konsum** wird leicht verlangsamt, aber immer noch äußerst lebhaft expandieren. Die Reallöhne legen noch-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

mals kräftig zu, die Einkommensteuer wird erneut gesenkt, und die Zinsen gehen etwas zurück. Bremsend wirkt vor allem die weniger rasch steigende Beschäftigung. Aber auch die teilweise nicht mehr so sicheren Arbeitsplätze in den so genannten Zukunftsindustrien haben die Sensibilität für Risiken geschärft, mit der Folge einer weiter zunehmenden Sparquote. Dauerhafte Güter werden nach wie vor fast quer durch die Bank sehr lebhaft nachgefragt. Mit reichlich 5% wird der **öffentliche Verbrauch** – auch wegen der Parlamentswahlen Mitte des Jahres – etwa im bisherigen Rhythmus ausgeweitet, um schnelle Leistungssteigerungen im öffentlichen Dienst zu erreichen, als essentiellen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Irland.

Der **Arbeitsmarkt** wird von den bisherigen Tendenzen geprägt: Vielfach zu beobachtender, teilweise starker Mangel an Kräften aller Art trotz verstärkter Rationalisierungsanstrengungen steht einer verlangsamten Zunahme der Beschäftigung infolge nachlassenden Angebots gegenüber. Letzteres betrifft sowohl die bisher noch ungenutzten internen Ressourcen, als auch die Netto-Zuwanderung, die durch Wohnungs- und Infrastrukturmängel gebremst wird. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf ca. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% sinken (nach der Schweiz und Luxemburg die niedrigste Rate in Westeuropa), wobei der Rückgang gegenüber dem Vorjahr bei Langfrist- und Kurzfristarbeitslosen ungefähr gleich sein dürfte. Da die Arbeitslosigkeit zudem hauptsächlich friktioneller Natur ist, kann man von annähernder Vollbeschäftigung sprechen.

Der Preisauftrieb schwächt sich zunächst weiter ab, weil das Wirtschaftswachstum erst im weiteren Verlauf allmählich wieder an Schwung gewinnt, die Entwicklung der Importpreise stabilisierend wirkt und die inflationstreibenden Sonderfaktoren des Vorjahres weitestgehend abgeklungen sind. Da sich jedoch die Lohnstückkosten erneut stark erhöhen und vor allem im Dienstleistungsbereich einige Komponenten

(z.B. Mieten) in weiterhin kräftigem Aufwind bleiben, dürften die **Konsumentenpreise** (HVPI) im Schnitt des Jahres um rund 3<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% über dem Niveau von 2001 liegen. Dabei wird unterstellt, dass keine Erhöhungen von Abgaben und indirekten Steuern erfolgen.

Abgeschlossen am 25. Juli 2001